

**NACHHALTIGKEIT**

# **GRÜNE TRANSFORMATION**

MARIO CANDEIAS





## **INHALT**

Szenarien Grüner Transformation	2
Projekt/Szenario 1: Ein Autoritärer Neoliberalismus	3
Projekt/Szenario 2: Grüner Kapitalismus	4
Projekt/Szenario 3: Ein Green New Deal	7
Projekt/Szenario 4: sozial-ökologische Transformation	10
Literatur	15

Neuaufgabe Mai 2013 durch das New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Zuerst veröffentlicht in Candeias, Mario und Michael Brie (Hrsg.):  
Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus, Berlin 2012, S. 135-150.

## Szenarien grüner Transformation



In organischen Krisen zerfällt das spezifische Verhältnis der Verhältnisse zueinander, was zu einer Folge von scheinbar unverbundenen Krisen auf den unterschiedlichsten Feldern führt. Die Krise mäandert, verschiebt sich. Die Finanzkrise wurde zur Weltwirtschaftskrise, dann zur Schuldenkrise, zur Repräsentationskrise. Der nächste Akt des Dramas steht bevor: eine weitere Rezession. Denn schon die grundlegenden ökonomischen Ursachen der Krise werden nicht angegangen – von den anderen Dimensionen der multiplen Krise ganz zu schweigen. Krisenmanagement soll die Verdichtung der Krisen verhindern, Zeit verschaffen. Doch wie erwartet, *bereitet die Form der Bearbeitung der Krise jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor.*

Die Verschärfung ökologischer Krisen ist dabei noch gar nicht erwähnt – drängt sich aber, wie im Falle Fukushima oder anderer Katastrophen konjunkturell immer wieder auf. Ökologische Fragen sind nicht nur Fragen politischer Legitimation, angesichts eines wachsenden »bizarren« Umweltbewusstseins, sondern auch Fragen der Sicherung ökonomischer Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen, von Ressourcen, (Energie)Sicherheit usw.

Entscheidend ist der Zusammenhang der Krisen. Der Verknüpfung der aufbrechenden

Krisenerscheinungen – von Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen, Krise der Reproduktion und dramatischer Prekarität, ökologischer Krise und schwelender Repräsentationskrise – dieser »multiplen Krise« hat der alte neoliberale Machtblock keine produktiven Lösungen mehr entgegenzusetzen, die die Interessen der Subalternen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. *Der Neoliberalismus ist erschöpft, verstärkt seine autoritäre Form der letzten zehn Jahre – doch weder ein neuer Akkumulationsschub, noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Nichtsdestoweniger: Die Neoliberalen sitzen nicht zuletzt in Deutschland fest im Sattel und bauen in Europa und den USA ihre institutionelle Macht aus. Ihre Position mag keine »führende« mehr sein, aber nach wie vor »herrschend« ist (Gramsci 1991b, 354).*

Es zeichnet sich ein Interregnum ab, eine Übergangsperiode, in der die Krise sich über längere Zeit, vielleicht ein Jahrzehnt hinziehen kann, bis sich aus der Konkurrenz von durchaus starken Beharrungs- und Erneuerungskräften, der unterschiedlichen Bearbeitungs- und Lösungsversuche eine hegemoniale Richtung herauskristallisiert. Kämpfe um die Neuzusammensetzung und Führung des Machtblocks werden geführt.

Dabei hat sich die gesellschaftliche Situation gegenüber unseren Analysen 2007 bis 2009 verändert. Einige der in den frühen Analysen des Instituts für Gesellschaftsanalyse noch für möglich gehaltenen Szenarien oder Trends, etwa eines sozialdemokratischen Public New Deal unter Obama, haben sich nicht realisiert, bzw. es traf zu, dass sie als zu schwach eingeschätzt wurden. Überraschend war für viele, wie erfolgreich das Krisenmanagement in Deutschland wirkte. Die Situation hat sich teilweise geschlossen, der Handlungsspielraum für bestimmte Projekte wurden eingeschränkt. Offen bleibt, inwiefern die Krise Möglichkeitsräume wieder aufreißt.

Im Folgenden daher der Blick auf vier im Entstehen begriffene, konkurrierende strategische Projekte – kein Szenario wie es künftig aussehen könnte, sondern ein Versuch der Bestimmung empirischer Tendenzen. Gestritten werden sollen ihre wesentlichen politischen Momente mit Blick auf Bearbeitung der organischen Krise, im Besonderen mit Blick auf die ökologische Krise. Wer sind die gesellschaftlichen Kräfte oder Träger der Projekte, welche Koalitionen gruppieren sich darum? Welches sind aber auch die jeweiligen sozioökologischen Konsequenzen, welches die ökonomischen Widersprüche, welche politischen Implikationen ergeben sich daraus? Die Projekte sind relativ klar voneinander zu unterscheiden, allerdings ist leicht erkennbar, dass sich zwischen den Projekten Überschneidungen ergeben, die Koalitionen ermöglichen – die wiederum andere Widersprüche mit sich brächten. Selbstverständlich bewegen sich die Projekte nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund konkreter Kräfteverhältnisse, von Kämpfen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Insofern ist auch eine Aussage darüber zu treffen, wie wahrscheinlich das jeweilige Projekt ist.

### **Projekt/Szenario 1: ein autoritärer Neoliberalismus**

Das Projekt eines *autoritären Neoliberalismus* begegnet der Krise (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen: Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Pragmatisierung, Entdemokratisierung. Insbesondere wurde fast weltweit eine austeritätspolitische Wende durchgesetzt. In Europa treiben Finanzmärkte, IWF und die Regierung Merkel (zusammen mit den Regierungen Skandinaviens, der Niederlande und Österreich) *gleichgerichtet* eine Radikalisierung von Kürzungsmaßnahmen und ihre Institutionalisierung voran. Mit dieser institutionellen Blockade und unter den veränderten Kräfteverhältnissen wird die Möglichkeit für andere politische Optionen eingeschränkt – freilich ohne dass es gelingt, die Krise zu bändigen.

Was bedeutet das ökonomisch, v.a. mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland? Drei unterschiedliche ökonomische Szenarien sind möglich:

#### **1. Autoritärer Neoliberalismus/ Restauration**

- Stabilisierung der Finanzmärkte durch strikte Austeritätspolitik und neue Regulationen der Finanzmärkte
- symbolische Politiken
- freiwillige Vereinbarungen
- End-of-Pipe-Technologien; neue Technologie-Fixierungen wie CCS oder Desertec; fossile Xtreme-Energie
- marktförmige Regulation und Inwertsetzung (GATS, TRIPS, Zertifikate)

**Akteure:** alter Machtblock, getragen durch Finanz- und fossilistische Kapitalfraktionen, bestrebt, unter Bedingungen wachsender Desintegrationen einen passiven Konsens aufrechtzuerhalten

a) Möglich ist, dass die globale Nachfrage trotz Rückgang keinen tiefen Einbruch erleidet. In diesem Fall könnten deutsche Exporterfolge auf kleinerer Flamme weiterhin ein geringes Wachstum in Deutschland gewährleisten, ohne dass ein Wechsel des Modells notwendig würde, allenfalls werden – getrieben von Akzeptanzverlusten und Ereignissen wie Fukushima – kleine und graduelle Änderungen in Richtung Energiewende und ökologischer Modernisierung unternommen. Auch bei insgesamt schwacher globaler Dynamik können selbst eine abgeschwächte Nachfrage aus den neuen kapitalistischen Zentren wie China, Indien und Brasilien und eine nur halbherzige ökologische Modernisierung ausreichend sein, um die Vorteile des deutschen Exportmodells auf Kosten anderer vorläufig zu bewahren. Gerade die Schwäche der Eurozone führt zu einer relativen Unterbewertung des Euro und verbessert so die deutsche Position gegenüber Konkurrenten wie Japan. In den USA scheinen selbst moderate Veränderungen einer ökologischen Modernisierung verbaut, zumindest wird der Kampf von rechts scharf geführt. In der Debatte um die Kürzungspolitiken werden auch sämtliche ökologischen Reformen und Förderprogramme als Jobkiller bekämpft, der Spielraum für Investitionsprogramme ist durch Krise und dominanter Kürzungspolitik extrem eingeschränkt.

b) Denkbar ist auch, dass die Konjunktur stagniert (gar Stagflation) und sich ein langfristiger Trend zum Null-Wachstum stabilisiert.

Dies würde, um Wirtschaft, Sozialsysteme und Staatshaushalte zu sichern, härteste Verteilungskonflikte um Steuern, soziale Leistungen, Löhne und Arbeitsstandards sowie ökologische Maßnahmen mit sich bringen. Eher ein Szenario eines Postwachstums, wie es der konservative Vordenker Meinhard Miegel beschreibt.

c) Relativ wahrscheinlich halten wir angesichts der vielfältigen Ungleichgewichte und der sich wieder aufbauenden finanziellen Überakkumulation einen weiteren tiefen Finanz- und Wirtschaftscrash (vgl. Krisenentwicklung in den Jahren 1929 ff.). Große Krisen und entsprechende Transformationen auch innerhalb des Kapitalismus verlaufen in einer Reihe von Brüchen und ziehen sich über Jahre hin – wir erleben dies bereits, da trafen linke Prognosen durchaus zu. Eine Rezession in Europa deutet sich – wie erwartet – ab Ende 2012 an. So wie die Ereignisse in Fukushima als Katalysator der Energiewende in Deutschland wirkten, ist offen, wie eine solche Krise sich auf die politischen Verhältnisse insgesamt auswirken würde.

#### *Sozioökologische Konsequenzen*

- Natur wird zur Ware
- fortschreitende ökologische Zerstörung
- wachsende Preise für Öl und andere Ressourcen
- Ressourcenkriege

#### *Ökonomische Widersprüche*

- Austeritätspolitik führt zu sinkenden Wachstumsraten
- wachsende Überakkumulation von Geldvermögen
- fast keine Investitionsimpulse

#### *Politische Konsequenzen*

- sinkende Umverteilungsmöglichkeiten und fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben
- Einschränkung der Demokratie und autoritäre Politiken
- protofaschistische Anrufungen, um Konsens zu erzielen
- Unterdrückung von Unruhen und Revolten

Im Kapitalismus ist auch ein stagnatives Szenario gleichbedeutend mit Krise. Treten Kürzungspolitiken hinzu, bedeutet dies Vor-

bereitung der kommenden Rezession. Dies bedeutet auch drastische Einschränkung der Verteilungsspielräume bzw. verschärfte Umverteilung von unten nach oben. Ohne entsprechende Konsensangebote an die Subalternen ist ein solches Szenario untrennbar mit wachsendem Autoritarismus verbunden, mit mindestens protofaschistischen Integrationsangeboten samt Ausgrenzung von schwächeren Gruppen und scharfer Repression von Unmut und Unruhen. Herrschaft durch Kontingenz würde Alex Demirovic sagen. Kein stabiles Szenario – aber das aktuelle.

#### **Projekt/Szenario 2: grüner Kapitalismus**

*Das Projekt eines grünen Kapitalismus* zielt anders als die Strategie der Restauration auf Erneuerung im Sinne einer passiven Revolution (Gramsci 1991a 102): Diese strebt nach Revolutionierung aller Verhältnisse, nicht nur Wiederherstellung der Ordnung, sondern *Entwicklung* bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft *vorantreibend*. Das passive Element besteht darin, Interessen der Subalternen zwar herrschaftsförmig zu integrieren, die untergeordneten Gruppen aber in einer subalternen Position fern der Macht zu halten, zugleich ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock zu absorbieren, die Subalternen damit ihrer Führung zu berauben (Transformismo).

Der schillernde Begriff einer *green economy* verbindet vor dem Hintergrund der Vielfachkrise die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energiewende und ökologischer Modernisierung mit der notwendigen technologischen und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen. Befördert wurden diese Vorstellungen insbesondere durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen des IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie durch die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore und durch die UN. Sie sprechen v.a. ökologisch sensibilisierte, marktwirtschaftlich orientierte, liberale Gruppen an, die über starke öffentliche Repräsentation verfügen und skeptisch gegenüber den Auswüchsen des Finanzmarktkapitalismus sind. Diese Verbindung von Antworten auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Beschäftigungs- und Klimakrise ist zurzeit die konsistenteste und mächtigste Antwort auf Krise und Restauration des Neoliberalismus.

Hinter einem grünen Kapitalismus stehen Kapitalgruppen wie die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Anlagenbauer wie Siemens, Automobilkonzerne, die sich von »green cars« und E-Autos ein neues Geschäftsfeld erhoffen, auch Internet- und IT-Unternehmen, die Aufträge bei der Effizienzoptimierung und bei neuen Verkehrssystemen erwarten, Bio- und Gentechunternehmen, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF, die neue, leichte und energie-effiziente Werkstoffe entwickeln, selbst Ölkonzerne wie BP, die sich in »Beyond Petrol« umbenannt haben sowie Venture-Capital und Private Equity Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds).

Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien wird auf etliche Billionen Dollar anwachsen. Der Weltmarkt für Greentech war laut Roland Berger mit einem Volumen von 1,4 Billionen Euro bereits 2007 größer als der für Maschinenbau. Bis 2020 wird sich der Umsatz auf 3,2 Billionen vorsichtig geschätzt mehr als verdoppeln. Wenn Investitionen getätigt werden, dann hier: Drei von vier Firmen in Deutschland legen nach einer Umfrage von Siemens Financial Services im Bereich Greentech ihren Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Schon jetzt hat sich hierzulande bei erneuerbaren Energien die Beschäftigung seit 2004 mehr als verdoppelt (340.000 Beschäftigte). Greentech-Firmen bieten hierzulande Beschäftigung für über eine Million Menschen und erbringen gut acht Prozent der Wirtschaftsleistung. Solar-Investitionen sollen sich bis 2015 verdoppeln. Private Equity Fonds wie Blackstone investieren mehrere Milliarden Euro in Offshoreparks vor der deutschen Küste – eine Energieeinspeisevergütung von 150 € pro Megawattstunde, Übernahme der Kosten des Netzausbaus durch den Netzbetreiber, direkte Förderung durch die Bundesregierung und vergünstigte KfW-Kredite sollen eine Rendite von 10 bis 20 Prozent ermöglichen. Der Markt für grüne Technologien ist schwer abgrenzbar, die unterschiedlichen Bereiche zusammengenommen aber unbestreitbar mit einem Potenzial wie kaum ein anderer.

Ein grüner Kapitalismus weist durchaus Kontinuitäten zum Neoliberalismus auf: Etwa die

Fortführung und Intensivierung einer globalen »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) im Bereich natürlicher Ressourcen bis hin zu Landgrabbing und XtremeEnergy; auch die Individualisierung von Umweltproblemen (der »aufgeklärte Konsument«) zeugt ebenso von Kontinuitäten wie der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Insofern wird nicht nur eine begrenzte Finanzmarktregulierung angestrebt, vielmehr werden neue Instrumente entwickelt.

Favorisiert werden marktförmige und technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshorewindparks, monopolisierte Netze und – trotz allem – die Atomkraft, wenn nicht hierzulande, dann doch als Exportgut. Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, soll GreenTech die Grundlage für einen ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktionsweise liefern.

## 2. Grüner Kapitalismus

- verbindliche Vereinbarungen
- marktförmige Regulierung und Inwertsetzung
- (groß)technologische Lösungen wie CCS, Desertec und Xtreme-Energie
- begrenzte Finanzmarktregulierung, neue Finanzinstrumente
- öffentliche Investitions- und Förderprogramme
- keine Umverteilung nach unten, halber der »Bastard«-Keynesianismus
- Übergang zu öko-kapitalistischer Produktions- und Lebensweise

**Akteure: öko-kapitalistischer Elitenkonsens mit subalterner Integration der Beherrschten (wie Grüne und Gewerkschaften), Spannungen mit dem fossilistischen Kapital**

Dafür braucht es jedoch eine klare und bindende ökologische Regulierung, möglichst marktförmig, um Investitionssicherheit zu gewährleisten und gar neue Anlagesphären zu eröffnen, etwa im Zertifikatehandel, der bislang kaum funktioniert. Ein so weitgehender Umbau wird allein durch die Marktkräfte nicht zu bewerkstelligen sein, so dass auch Kapitalgruppen wie der Energiekonzern Eon öffentliche Investitionen fordern, um etwa die Energie- und Verkehrsinfrastrukturen umzu-

bauen. Auch eine begrenzt höhere Besteuerung von Vermögen und eine Reregulierung der Finanzmärkte wird durchaus befürwortet, um die nötigen Mittel für Investitionen zu erwirtschaften und ökonomische Ungleichgewichte zu dämpfen. An eine direkte Umverteilung von oben nach unten ist nicht wirklich gedacht. Sozial-ökologische Ungleichheiten werden nicht thematisiert, auf die individuelle Ebene verschoben.

Auch das Projekt des grünen Kapitalismus bringt Widersprüche und *false solutions* mit sich – ein Beispiel: Die Produktion der E-Autos ist wohl etwas weniger energie- und ressourcenintensiv, weil die Wagen generell kleiner wären. Die Produktion der Batterien hingegen ist, wie generell die Akku-Produktion, energie- und ressourcenintensiv und belastet die Umwelt zusätzlich mit einer ganzen Reihe hochgiftiger Substanzen. Darüber hinaus ändert eine Orientierung auf E-Autos nichts an dem enormen Flächenverbrauch und der Versiegelung der Landschaft durch Straßen. Vielleicht wäre eine Umorientierung auf einen massiven Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme die billigere, effizientere, schnellere und ökologischere Methode. Aber darum geht es bekanntlich nicht. Die Konversion, wenn man es so nennen will, erfolgt möglichst ohne Veränderung der Produktlogik, Modernisierung ohne Pfadwechsel.

Zentraler ist jedoch: Die Erfahrungen mit Klimaverhandlungen und Zertifikatehandel angesichts der starken fossilistischen Kapitalfraktionen zeigen: Es dauert zu lang. Erfolgt der ökologische Umbau zu langsam, droht die Verschärfung von Umwelt- und sozioökonomischen Folgekrisen. Die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius ist laut IPCC bereits jetzt nicht mehr zu erreichen. Wird der Umbau wirklich konsequent betrieben, werden z.B. Emissionsrechte drastisch reduziert, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Es gibt keinen sanften Übergang. Die gewaltige Aufgabe, bis 2050 die Treibhausemissionen um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein.

Es ist außerdem zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und

neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie insbesondere Klimawandel auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der »Herrschenden«. »Niemand hat eine Ahnung, wie sich ein Planet voller Slums« (in den nächsten 40 Jahren wird laut Prognosen die Hälfte der Weltbevölkerung in solchen leben, bereits 2008 über eine Milliarde Menschen) »mit wachsenden Ernährungs- und Energiekrisen an die zukünftigen Gegebenheiten anpassen soll«, noch wie diese Menschen reagieren werden, so Mike Davis (2008, 8). Er geht denn auch eher von einer »selektiven Anpassung« aus, die »den Erdenbewohnern der ersten Klasse auch weiterhin einen komfortablen Lebensstil ermöglicht«, in »grünen, streng eingezäunten Oasen des permanenten Überflusses auf einem ansonsten unwirtlichen Planeten« (ebenda, 7).

#### *Sozioökologische Konsequenzen*

- Natur wird zur Ware, während nicht profitable Bedürfnisse unbefriedigt bleiben
- erhöhtes Wachstum, mehr Jobs
- erhöhter Ressourcenverbrauch
- fortschreitende ökologische Zerstörung

#### *Ökonomische Widersprüche*

- Übergangskrise durch Entwertung von fossilistischem Kapital
- Ressourcenkämpfe und steigende Preise
- Finanzblasen im Sektor der Grünen Technologien
- einseitige Exportorientierung, globaler Wettbewerb, wachsende Ungleichgewichte
- angesichts der Austeritätspolitik *begrenzte Dynamik*

#### *Politische Konsequenzen*

- die Machtverhältnisse behindern die schnelle (ökologisch notwendige) Transition
- die Klimaziele werden nicht erreicht
- Elitenkonsens, ökologische vs. soziale Politiken, Autoritarismus



Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise, als vielmehr ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie unter Einbeziehung ökologischer Interessen – ein Elitenkonsens, garniert mit der Hoffnung der Subalternen auf neue Jobs.

### **Führungskämpfe im Machtblock: Die Grünen vs. CDU/CSU oder schwarz-grüner (Atom-)Konsens?**

Es ist wohl keine Frage, ob es zu einer »ökologischen« Modernisierung kommt oder nicht, sondern welcher Art diese sein wird. Dies ist Teil der Führungskräfte im Machtblock: Konzepte eines sozial-liberalen Green New Deal, die soziale und ökologische Fragen zu verbinden suchen, konkurrieren mit Vorstellungen eines grünen Kapitalismus (Fücks/ Steenbock 2007) bzw. eines Kapitalismus 3.0, (Barnes 2008) der nach der erfolgreichen »sozialen Zivilisierung« im 20. Jahrhundert nun die ökologische vollzieht. Es geht nur noch um die zukunftsfähige Form des Kapitalismus, seine Überwindung ist von gestern. In der Bundesrepublik bildet ein sozial-libertärer Green New Deal den programmatischen Kern eines rot-grünen Lagers – international vielleicht vergleichbar mit einer Blue-Green Alliance, der grüne Kapitalismus den eines schwarz-grünen Lagers, international den Green Economy Kräften verbunden – die Linke ist darin nicht vorgesehen. Beide Lager verstehen sich als Antipoden zu einem business as usual neoliberaler Art. Die Grünen haben es (vorläufig) geschafft, sich für beide Varianten einer ökologischen Erneuerung als führend in der öffentlichen Debatte zu etablieren. Die CDU/CSU versucht sich sowohl als Hüterin stabilitätsorientierter, konservativer (lies: neoliberaler) Werte als auch als Protagonistin einer maßvollen ökologischen Modernisierung. Grüne und CDU/CSU erklären beide den Konflikt zwischen ihnen zum zentralen parteipolitischen Konflikt bis 2013, betrachten sich als Hauptkonkurrenten. Doch geprägt ist die Situation ebenso von einem Ereignis, einem schwarz-grünen Post-Fukushima-Atomkonsens (wie Christoph Spehr das nennt), und der damit verbundenen Dynamik des Übergangs in einen post-nuklearen und postfossilen, grünpolitikistischen Akkumulationspfad.

### **Projekt/Szenario 3: ein Green New Deal**

Doch was unterscheidet einen sozial-libertären Green New Deal (GND) vom grünen Kapitalismus, auch wenn es viele Überschneidung gibt? Dieses Projekt wurde u.a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären vorgeschlagen. Verfechter sind neben den europäischen Grünen Parteien –, große NGOs wie der WWF, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern, die New Economics Foundation usw.

#### **3. Sozial-libertärer Green New Deal**

- verbindliche Mengenbegrenzungen + CO<sub>2</sub>-Zertifikate
- staatliche Regulierung durch Ge- und Verbote (wie das Vorreiterprinzip)
- Dezentralisierung und Rekommunalisierung
- öffentliche Investitions- und Förderprogramme
- Finanztransaktionssteuer und Begrenzung des freien Kapitalverkehrs
- Stärkung von Binnenökonomie, insbesondere der Dienstleistungen
- *Ausbau* des Öffentlichen (Dienstleistungen)
- Arbeitszeitverkürzung
- Umverteilung, Industriepolitik und Ansätze für »Gerechte Übergänge«
- Übergang zu ökosozialer *Wachstums*-ökonomie
- *keine* Infragestellung von Konsumismus und Erwerbsarbeitszentrierung

**Akteure: sozial-libertärer keynesianischer Reformismus, der sich auf ökologisch orientiertes Industrie- und Dienstleistungskapital stützt, starke Spannungen im Machtblock**

Wenn man so will, ist der Green New Deal stärker zivilgesellschaftlich getragen als der kapitalgetriebene grüne Kapitalismus, stärker auf die Dramatik der ökologischen Krise gerichtet als auf neue Investitionsmöglichkeiten. Und ein GND schließt systematischer eine soziale Komponente ein. Die Rolle des Staates, die Ausweitung des Öffentlichen und Umverteilungspolitiken sind zentral. Die Integration von dezentralen, kommunalen Lösungen und Großtechnologien ist offen. Die Anrufung von Eigeninitiative erhält mit der Verbindung dezentraler Energielösungen, in

der jeder mit alternativer Energieerzeugung zu Hause zum Energieproduzenten und -konsumenten in einem werden kann. Im großen Netz aus zentralisierten und dezentralisierten Einheiten werden die Einzelnen zu Prosumenten und werden energetisch selbstbestimmt – so das Bild. Ein GND fördert den ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.), zielt auf die Schaffung völlig neuer Infrastrukturen und den Umbau der Städte als Lebensraum.

Vor allem aber ist das Projekt stark verbunden mit einer Perspektive und der Produktion und Vermittlung von *Sinn*: Der Green New Deal greift Unsicherheiten, Bedürfnisse und Interessen auf, die neben Beschäftigung, wirtschaftlicher Entwicklung und Innovation stehen, für eine ökologischere Lebensweise und mehr demokratische Mitbestimmung, für Eigenverantwortung und bürgerliche Freiheitsrechte. Betriebliche Demokratisierung spielt keine Rolle. Der GND bietet insgesamt das grundlegende Potenzial für einen neuen gesellschaftlichen Konsens und für eine Relegitimierung der Marktwirtschaft.

Allerdings ist ein solcher sozial-libertärer GND von zahlreichen Widersprüchen und Spannungen durchzogen. Ziele des GND sind Wachstums- und Exportförderung, was letztlich den Ressourcenverbrauch nicht begrenzt. Tatsächlich haben sich Verbrauch und Ausstoß von Emissionen trotz 30 Jahre Umwelt- und Klimapolitiken noch beschleunigt. Jede Steigerung der Ressourcen- und Umwelteffizienz wurde bislang noch vom Wachstum überkompensiert – nicht nur in China: der sog. Rebound-Effekt. Eine *konsequente* ökologische Modernisierung ohne Änderung des Wachstumsmodells führt gar zu mordsmäßigem auch industriellem Wachstum durch quasikomplette Erneuerung der Produktions- und Infrastrukturen. Sollen bei 2,5 Prozent Wachstumsrate jene Minderungsziele erfüllt werden, die beim Verbrauch von Rohstoffen und bei Emissionen als ökologisch erachtet werden – die Wissenschaft spricht, wie bereits angeführt, von Einsparung bis 2050 um 80 bis 90 Prozent gegenüber 1990 –, so wären die Verbräuche der Industriestaaten pro Einheit Sozialprodukt auf bis zu ein Siebenunddreißigstel zu senken. Optimisten wie Weizsäcker sprechen vom Faktor 5 – nicht 37.

Eine ökologische Transformation reduziert sich nicht auf eine technische Modernisierung,

sondern berührt gesellschaftliche Ungleichheiten: klassenförmige Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Geschlechter- und Produktionsverhältnisse sowie unsere konsumorientierte Lebensweise. Umweltpolitik selbst wirft immer wieder Gerechtigkeitsprobleme auf, da Folgen und Kosten sich ungleich verteilen, etwa bei Ökosteuern und Preispolitiken.

Wie bei jeder Dividende profitieren von der propagierten Nettodividende einer ökologischen Transformation vor allem bestimmte Gruppen und Klassen. Ausgeblendet wird, welche Branchen schrumpfen sollen, welche Bedürfnisse eingeschränkt werden und vor allem wer betroffen ist. So bleibt ökologische Politik eine Ein-Punkt-Politik für gut situierte, urbane Mittelklassen. Die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen oder von Beschäftigteninteressen bleibt nachrangig. So verwundert es nicht, dass die ökologische Bewegung seit 30 Jahren bei Gewerkschaften nur beschränkt als politischer Bündnispartner anerkannt wird, im Prekariat keine Rolle spielt. Fragen globaler sozialer Gerechtigkeit wurden über Jahre kaum adressiert oder genutzt, um »überzogenes Anspruchsdenken« im Norden anzuprangern. Ein sozial-libertärer GND wäre von starken internen Spannungen und Zielkonflikten zwischen ökologischen und sozialen Zielen durchzogen.

Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse setzen Green New Dealer eher auf Kompromisse mit (progressiven) Kapitalfraktionen oder auf die »Kreativität« der Unternehmen. Es ist fraglich, ob eine Strategie der Zähmung und Einbindung des Kapitals durch eine ökologisch orientierte Fraktion der Mittelklasse ohne breites Mitte-Unten-Bündnis Erfolg haben kann, zumal jede konsequente (sozial-)ökologische Transformation mit einer massiven Kapitalvernichtung einhergeht. Letzteres betrifft die mächtigsten Kapitalfraktionen: die fossilistischen Konzerne vom Öl bis zum Auto. Was dies für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse, Krisen bedeutet, wird kaum thematisiert. Wobei eben die fossilistische Fraktionen nicht einheitlich sind, da v.a. die großen Energie-, Chemie- oder eben Autokonzerne selbst mit zu den größten GreenTech-Investoren gehören. Eine »kontrollierte« Entwertung und Vernichtung des alten fixen Kapitals wird aber extrem schwierig. Industriepolitische Abfederung oder Konversionspolitiken werden hier kaum entwickelt.

Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, die Schaffung einer neuen produktiven Basis, die Veränderung der Konsummuster, der Struktur unserer Städte, der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert dabei auch deren Widersprüche, z.B. die Gefahren einer »grünen« Finanzblase oder eben die Überkompensation der Ressourcen- und Energieeffizienz durch notwendig wachsende Verwertung des Werts.

#### *Sozioökologische Konsequenzen*

- die steigende Ressourcen- und Energieeffizienz wird durch steigendes Wachstum überkompensiert
- fortschreitende ökologische Zerstörung
- Zielkonflikte zwischen Arbeitsplatzertand und Ökologie

#### *Ökonomische Widersprüche*

- Übergangskrise durch Entwertung von fossilistischem Kapital; kein Konzept für eine gerechte Konversion alter Industrien
- konsistente ökologische Regulation und die Umverteilung führen zu sinkenden Profiten
- Grenzen des Reformismus und Etatismus
- angesichts der institutionalisierten Austeritätspolitik *begrenzte wirtschaftliche Dynamik*

#### *Politische Konsequenzen*

- Widerstand fossilistischer und Finanzkapitalgruppen
- kaum Initiativen für reale Partizipation, technokratische Politik
- sozioökologische Protestbewegungen, prekärer Konsens
- kein glatter Übergang

### **Wahrscheinlichkeiten**

Unabhängig davon, welchem politischen Lager es gelingt, unter seiner Führung andere Gruppen in eine Neuordnung des Machtblocks zu integrieren, kapitalgetrieben findet die Entwicklung zu einem grünen Kapitalismus bereits statt. In der Bundesrepublik bringen sich dabei gerade jene in Stellung, eine führende Rolle zu übernehmen, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben:

die Oligopolisten der Stromversorgung und andere fossilistische Gruppen.

Noch gibt es weder einen grün-kapitalistischen Block noch einen Green New Deal. Auch das ist nicht ungewöhnlich für Transformationen in der organischen Krise. Bestimmte Kapitalgruppen gehen voran. Eine vorsichtige Analogie: Auch die fordistische Produktionsweise setzte sich in den 1920er Jahren durch, lange bevor eine entsprechende fordistische Lebens- und Regulationsweise entwickelt wurde. Nun entwickelt sich eine grünpitalistische Produktionsweise, ohne dass die Regulation, Lebens- und Konsumweise bereits ähnlich deutlichen Veränderungen unterworfen ist. Es mangelt noch an einer klaren politischen Führungsgruppe, vor allem international. Doch erst bei einem Entsprechungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise ergibt sich auch ein funktionierender Kapitalkreislauf.

Vor dem Hintergrund der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der institutionellen Vertiefung neoliberaler Haushalts- und Fiskalpolitik ist zurzeit die Durchsetzung eines sozial-liberalen Green New Deal eher unwahrscheinlich – besser stehen die Chancen für die Fortentwicklung des grünen Kapitalismus. Die Green Economy wurde zum zentralen Orientierungspunkt des Rio+20-Gipfels im Mai 2012. Doch auch dieser ist durch austeritätspolitische Blockaden in seiner Dynamik behindert. Ohne massive staatliche Investitionsprogramme wird es auch mit einer konservativen Energiewende nichts. Einen sanften Übergang wird es nicht geben, schon aufgrund der Notwendigkeit der Schrumpfung der Produktion fossilistischer Kapitalgruppen.

Perspektivisch kann es sich bei diesen parallel konkurrierenden Ansätzen und Strategien auch um eine Abfolge von Konjunkturen handeln, vom Übergang vom autoritären Neoliberalismus in der Krise zum grünen Kapitalismus, der erst durch einen sozial-libertären Green New Deal verallgemeinert wird, seine volle ökonomische Dynamik entfallen kann, die aktive Zustimmung organisiert. Das muss aber nicht so kommen. Ein grün-autoritärer Kapitalismus, globale Konkurrenzen und gewaltsame Auseinandersetzungen sind mindestens ebenso wahrscheinlich.

Umso wichtiger ist es, von links eine eigene Position für ein »rotes Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus« zu formulieren oder

dem grünen Kapitalismus Ideen für einen »grünen Sozialismus« entgegenzustellen.

#### **Projekt/Szenario 4: sozial-ökologische Transformation**

Gegen den grünen Kapitalismus positioniert sich der grüne Sozialismus. Nicht im Sinne der einfachen Negation, vielmehr als Kompass für die sozialistische Intervention in transformatorischer Perspektive. Es geht um die Formulierung einer eigenständigen Position in einem breiten Projekt der Mosaik-Linken für eine sozial-ökologischen Transformation. Dabei gilt es anzuknüpfen an den realen Widersprüchen und Bedingungen, an den realen Kräften und Bewegungen, die sich bereits an den unterschiedlichen Punkten engagieren und konkrete experimentelle Praxen entwickeln. Der Begriff des grünen Sozialismus versucht die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne »revolutionärer Realpolitik« so zu verknüpfen, dass sie »durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung« hinausgeht (Luxemburg 1903/1970: 374).

Kämpfe oder Einzelreformen müssen in den Zusammenhang einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung gestellt werden, sonst droht den Kämpfenden eine letztlich noch verschärfte Unterordnung: Ihre vereinzelten Interessen werden kompromissförmig in den herrschenden Block integriert. Dabei werden alte sozialistische Problematiken, wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie, aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft. Im Folgenden also der Versuch, wesentliche Elemente eines grünen Sozialismus zu benennen:

*Umverteilung* ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik. Sie kommt in der »grünen Ökonomie« nicht vor, im sog. Green New Deal spielt sie eine Nebenrolle, die in Zeiten von Kürzungspolitik nicht ernst gemeint ist – »ehrlich machen« nannte die Partei Die Grünen deren Relativierung. Dabei wurden Banken und Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit gerettet, und nun soll die Schuldenkrise erneut von jenen beglichen werden, die am wenigsten dafür können. Aus neoliberaler Sicht muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden. Auch Sozialdemokraten und Grüne halten sich daran, um das »Vertrauen der Märkte« zu sichern. Sie

stimmt europaweit der Ratifizierung des Fiskalpaktes zu. Dies ist nicht nur eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben, sondern verschärft die Wirtschaftskrise, treibt ganze Länder in die Depression, ohne dass Schulden nachhaltig abgebaut werden könnten.

#### **4. Sozial-ökologische Transformation/ Grüner Sozialismus**

- globale Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengenbegrenzungen
- Wirtschaftsdemokratie und dezentrale partizipatorische Planung
- Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung
- unterschiedliche Formen von Sozialisierung und des Eigentums
- Ausweitung des Öffentlichen (Dienstleistungen)
- globale Umverteilung, Industriepolitiken und »gerechte Übergänge«
- Sozialisierung der Investitionsfunktion (Keynes)
- Umverteilung der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Teilung der Arbeit (4in1-Perspektive)
- Übergang zu einer grün-sozialistischen Reproduktionsökonomie jenseits des Wachstums

**Akteure: »Mosaik-Linke« (Einheit in der Differenz) bei starkem Widerstand von Kapital und alten Eliten**

Über diese illegitimen Schulden wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein *Schuldentribunal*, ähnlich wie in Ecuador 2010: Welche und in welcher Höhe sind Schulden zu bedienen? Wie viel soll für den Schuldendienst oder Investitionen frei bleiben, und für welche? Dies ist kein Problem nur peripherer Staaten. Benötigen wir nicht generell einen Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar? In Verbindung mit einer *gerechteren Steuerpolitik*, die Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt, könnten so Umverteilung gestoppt, umgekehrt, Spielräume für eine andere Politik überhaupt wieder eröffnet werden, auch für eine sozial-ökologische – dazu schweigen die Vertreter der »grünen

Ökonomie«. Auch die Bereitschaft für eine solche Politik in der Bevölkerung gründet auf der Entlastung von erdrückenden (finanziellen) Existenznöten. An diesem Punkt treffen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die CDTM, die Griechische Kampagne zum Schuldenaudit (vgl. LuXemburg 2/2012, 34 ff.), und linke Parteien wie Syriza und die Izquierda Unida, die im Rahmen der europäischen Krisenproteste für Schuldenaudits, Vermögensbesteuerung, Finanztransaktionssteuern, Bankenabgabe usw. streiten.

Perspektivisch wäre damit eine *schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion* notwendig – übrigens eine alte Keynes'sche Position: Denn wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt als vermeintlich effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken, geschweige denn in die ökologische Modernisierung. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z.B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Die »grüne Ökonomie« setzt nichtsdestoweniger auf marktförmige Lösungen wie Zertifikatehandel. Aber wie schon dargestellt: Vor allem dauert ein solcher Umbau viel zu lange.

Wenn die Märkte weder ihre Investitionsfunktion wahrnehmen (können), noch demokratische Entscheidungen über die Richtung der Entwicklung, dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden, über internationale Finanzregulierung hinaus etwa über die Vergesellschaftung von »systemrelevanten« Banken, den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken und breiter Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen. Sozialisierung von und partizipative Entscheidung über Investitionen ist Voraussetzung eines linken und sozialistischen Projekts der gesellschaftlichen *Umgestaltung* – ohne das lassen sich Verteilungs-

politiken auch rasch wieder rückgängig machen. Es geht um strukturelle Veränderungen.

Beim ökologischen Umbau der Produktion und Beschäftigungssicherung hat die private Wirtschaft versagt, insbesondere im Verkehrs- und Energiesektor. Jetzt ist sie dabei, dies nachzuholen, indem die ökologische Modernisierung innerhalb der maßlosen Verwertungs- und Wachstumslogik erfolgt. Der Natur wird ein Preisschild angeheftet, während nicht-profitable Bereiche vernachlässigt werden. Daher bedarf es einer sozial-ökologischen *Transformation der Produktions- und Lebensweise* insgesamt, nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen Commons und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen (public goods) und den Ausbau kollektiver kostengünstiger, perspektivisch kostenloser öffentlicher Leistungen (z.B. Ausbau eines kostenloser ÖPNV statt einfacher Stützung der Autokonzerne).

Ein grüner Sozialismus stellt *das Öffentliche* in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau der Produktions- und Konsumweise. Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung sozialer und anderer Infrastrukturen sowie allgemeiner solidarischer Sicherungssysteme kann der auch in Teilen der gewerkschaftlichen Linken verbreiteten Fixierung auf Lohn-erhöhung und stofflichen Warenkonsum gegengearbeitet werden – ohne sich in Verzichtsdebatten zu verkämpfen. Mit einem solchen (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden zugleich Märkte und Privatisierung zurückgedrängt.

Die »grüne Ökonomie« hingegen favorisiert privat-kapitalistische technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshorewindparks, monopolisierte transkontinentale Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport. Alle wollen ihren Anteil am wachsenden Multibillionen-Dollar-Weltmarkt für grüne Technologien. Das dezentralisierende *Potenzial* der neuen Technologien wird konterkariert.

»False solutions« (falsche Lösungen) – wie sie in den globalen Gegenbewegungen bezeichnet werden; sie produzieren eine Vielzahl sozial-ökologischer Konflikte. Hier be-

rühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit linken Landes- und Kommunalpolitikern: gegen eine von oben verordnete, konzerngetriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer etc. um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie versuchen in diesem Bereich unterschiedliche Bewegungen und Gruppen auf eine gemeinsame Orientierungen hin zu arbeiten (vgl. LuXemburg 1/2012).

Die Reorientierung auf *reproduktive Bedürfnisse* wäre zentral für eine sozial-ökologische Transformation. Das hieße, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine »Reproduktionsökonomie« zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Es ginge darum, jene Bereiche *ins Zentrum* einer Transformation zu stellen, die gemeinhin unter einen (weiten) Begriff der Reproduktions- oder Sorgearbeiten fallen: d. h. Ausbau einer bedürfnisorientierten sozialen Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung (sozialer Souveränität) und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Denn das sind zentrale Bedürfnisse, in denen alle seit Jahren Mangel beklagen. Es ist zentral, diese Bereiche öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben. Und es sind die einzigen Bereiche, in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Dies wäre sowohl ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion, als auch zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen durch den zentralen Blick auf reproduktive Funktionen. Ein grüner Sozialismus ist also feministisch. Wachstumskritische Bewegungen, feministische Politiken und Dienstleistungsgewerkschaften wie Verdi können an solchen Punkten zusammenkommen.

Diese Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion. Globale Produktionsketten wurden überdehnt, führen zur Verschwendung von Ressourcen – der Transport, einer der Hauptverursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen, muss verringert und die Produktion ökologisch reorganisiert werden – also kein »naiver Antiindustrialismus« (Ur-

ban), vielmehr eine *alternative Produktion*. Das E-Auto zur Fortschreibung der Exportstrategie deutscher Automobilkonzerne entspricht, wie schon dargestellt, sicher keiner alternativen Produktion. Stattdessen wäre über die Konversion der betreffenden Unternehmen hin zu ökologisch orientierten Dienstleistern für öffentliche Mobilität nachzudenken, die von der Region ausgehend integrierte Mobilitätskonzepte realisieren (vgl. LuXemburg 3/2010). Auf diese Art könnten die im Exportismus und Krisenkorporatismus verhedderten Gewerkschaften wie die IG Metall wieder eigenständige Perspektiven entwickeln, die sie nicht immer wieder in Gegensatz zu den anderen Teilen der Mosaik-Linken bringen oder als Krisengewinnler gegenüber den europäischen Partnergewerkschaften positioniert. Eine solche Tendenz zu *Deglobalisierung* und Regionalisierung der Wirtschaft trägt nämlich auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Und sie verringert im globalen Süden den Druck zur Einschreibung in globale Produktionsketten, in extraktivistische Politiken und Rohstoffströme sowie Ausbau einer imperialen Lebensweise, eröffnet Raum für eigenständige Entwicklung.

Ein grüner Kapitalismus steht nicht nur in einer bestimmten Kontinuität zum Neoliberalismus. Es ist außerdem zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie insbesondere Klimawandel auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der »Herrschenden«. – Stattdessen wäre die Transformation in Nord und Süd solidarisch zu verknüpfen. Ein konsequenter Technologietransfer von Nord nach Süd wäre zu ergänzen durch einen Erfahrungstransfer ökologischerer Lebensweisen von Süd nach Nord. Die Schonung natürlicher Ressourcen erfordert darüber hinaus die Entwicklung einer *globalen Stoff- und Ressourcenplanung*, die eine gerechte Verteilung sichert, den Verbrauch begrenzt, reproduktive Bedürfnisse stärkt.

Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie *qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen*. Ein

gerechter Übergang bedeutet kurzfristig, dass während bestimmte Bereiche schrumpfen (bspw. die industrielle Produktion stofflicher Waren), müssen andere zunächst wachsen (bspw. die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives Wachstum* ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Hier ist ein simpler Gegensatz von Wachstums- vs. Postwachstumspositionen kontraproduktiv. Dabei weisen Debatten um *Buen Vivir* (dem Guten Leben) und sozial-ökologische Entwicklungsweisen jenseits westlicher Lebensweisen im globalen Süden über Wachstums- und Modernisierungsvorstellungen hinaus. Auch dabei wäre es notwendig, falsche Gegensätze zu vermeiden: Nicht »Entwicklung« an sich ist das Problem, nicht die »moderne« Zivilisation, sondern eine spezifische Form kapitalistischer (oder auch staatssozialistischer) herrschaftsförmiger Entwicklung und bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Hier muss eine politische Übersetzung der jeweiligen Erfahrungen erfolgen. Es ergeben sich zahlreiche Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen sozial-ökologischen und transformatorischen Kämpfen im globalen Süden und im Norden.

Dringend bedarf es dabei der Entwicklung *gerechter Übergänge – Just Transition* –, die auch für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z.B. der Energiewende) und dem Umbau (z.B. dem Strukturwandel durch industrielle Konversion) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder eine Perspektive bietet. In diesem Sinne versuchen Just-Transition-Initiativen Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt. Oder die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen (bessere Umweltbedingungen und bewusster Konsum) oder von Beschäftigteninteressen (mehr Jobs) bleibt äußerlich. Versuchsweise *Kriterien* für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus sind: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie a) relevant zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen, b) zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), c) zur Reduzierung von Einkommens- und anderer Ungleichheiten, d) Beschäftigung und Gute Ar-

beit befördern und e) demokratische Partizipation der Einzelnen fördern. Sicher kann die Liste der Kriterien beliebig fortgeführt werden. Für eine erste, interventionsfähige Methode zur quantitativen Beurteilung wären dies jedoch wesentliche Punkte. Ohne Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu mehr öffentlichen Finanzen kann es keine Umgestaltung geben. Aber auch umgekehrt: Ohne sozial-ökologische Umgestaltung keine wirkliche Verbesserung der Lage des Unten in der Gesellschaft über Almosen hinaus. Dies alles kann aber nicht elitär und autoritär erfolgen, sondern nur durch starke demokratische Partizipation.

Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss zugleich eine radikale *Demokratisierung des Staates* sein. Weder der »wohlmeinend« paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den neuen (Demokratie-)Bewegungen geforderte Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heißt. Partizipation heißt nicht, seine Meinung äußern zu dürfen, sondern wirkliche Entscheidungen beeinflussen zu können. Das autoritär-neoliberale Krisenmanagement läuft dem entgegen gesetzt.

Und es blockiert sogar die Dynamik der »grünen Ökonomie«: Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, sollte GreenTech die Grundlage für die ökologische Modernisierung der gegenwärtigen Produktionsweise liefern. Wie schon gezeigt, ist dies ohne eine aktive und bindende Regulierung unmöglich. Darin liegt ein Konfliktpotenzial zwischen autoritärem Neoliberalismus und grün-kapitalistischer Erneuerung. Letztere ist durch austeritätspolitische Blockaden in ihrer Dynamik behindert. Ohne massive staatliche Investitionsprogramme wird es auch keine konservative Energiewende geben. Auch über das Tempo des Umbaus besteht Uneinigkeit zwischen den beteiligten Kapitalgruppen: die fossilistischen Kapitalgruppen, die nun auf den grün-kapitalistischen Zug aufspringen wollen einen möglichst langsamen Übergang, um altes

Fixkapital noch zu verwerten und den Rückstand bei der GreenTech aufzuholen. Die neuen grünen Kapitalgruppen, nicht zuletzt der Solarindustrie, sind auf einen raschen Übergang angewiesen, um Größeneffekte in einem wachsenden Markt zu realisieren. Im bestehenden nur begrenzten und hart umkämpften Markt ist ihre Existenz gefährdet. Einen sanften Übergang wird es nicht geben, schon aufgrund der Notwendigkeit der Schrumpfung der Produktion fossilistischer Kapitalgruppen. Vielleicht werden auch die Vertreter eines grünen Kapitalismus sich entscheiden müssen: für eine weiter verschärfte autoritäre Wendung innerhalb des Neoliberalismus mit eingeschränktem Expansionsmöglichkeiten oder gar für eine sozial-libertäre Variante eines Green New Deal?

Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen »unter Zeitdruck« (Schumann und Urban 2011) herbeizuführen, macht Elemente partizipativer *Planungsprozesse*, *consultas populares* und *peoples planning processes*, dezentraler demokratischer Räte erforderlich (regionale Räte waren in der Auseinandersetzung um die Krise in den Automobil- und Exportindustrien bereits in der Diskussion, vgl. IG Metall Esslingen 2009, Lötzer 2010, Candeias/Röttger 2009). Unabhängigbar rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung vollbracht (z.B. in den USA in den 1930er und 1940er Jahren).

Von der »Überlegenheit des sozialistischen Grundplans« sprach selbst Joseph Schumpeter (1942/1987, 310 ff.), der glühende Anhänger der von ihm selbst so genannten »schöpferischen Zerstörung« des Kapitalismus. In der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen über ein starkes Argument – doch dieses Mal sollte es sich um partizipative Planung handeln (Williamson 2010). Nur so kann Vergesellschaftung im eigentlichen Wortsinn mit überkommenen Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus wie des Staatssozialismus brechen. Angesichts negativer Erfahrungen mit zentraler Planung können Experimente auf regionaler Ebene einen Einstieg ermöglichen. Die Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich, im Bildungswesen usw. können weitere Ansatzpunkte sein. Schwieriger ist es mit der globalen Stoff- und Ressourcenplanung. Er-

fahrungen internationaler Organisationen oder die gigantischen Planungserfahrungen transnationaler Konzerne sind kaum unmittelbar demokratisierbar.

Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Daher geht es um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen (4in1-Perspektive) – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit, sondern durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, dem Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Wofür wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen, was halten wir für eine unverzichtbare Grundlage, die jeder und jedem kostenlos oder preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollte, gemeinschaftlich genutzt werden müsste usw. Darüber sollte möglichst alltagsnah gemeinsam debattiert und entschieden werden. Hier verbindet sich das Gefühl derer, die unten sind, dass fremd und gegen sie über sie verfügt wird, mit dem starken Bedürfnis nach Partizipation auch der solidarisch-libertären Mittelschichten. Hier treffen sich z. B. die Bewegung gegen Stuttgart21 mit Occupy und der Bewegung der Empörten. Nicht nur ein bisschen grüne Bürgerbeteiligung, sondern »*Real Democracy Now*«.

Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die *Demokratisierung der Wirtschaft*: Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushalten, hieß es Jahre lang. Doch die »Leistungen« von Management und Shareholder-Value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristen, Finanzkrise, exorbitanter Managergehälter, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen sowie wachsender ökologischer Zerstörung in Misskredit geraten. Auch die klassische betriebliche Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz und finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption.

Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokrati-



sierung der Wirtschaft (vgl. LuXemburg, Heft 3/2012), für eine echte Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Denn Unsicherheit und Kurzfristigkeit, mangelnde Mitsprache blockieren Produktivität, Kreativität und Entwicklung der Einzelnen und damit der Gesellschaft. Mangelnde Mitsprache erschwert die Konversion der Wirtschaft hin zu einer sozial-ökologischen Produktionsweise. Nur eine sozialistische Linke will mit der Wirtschaftsdemokratie die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche voranbringen.

#### *Sozioökologische Konsequenzen*

- sozial-ökologische Konflikte innerhalb der Mosaik-Linken, Zielkonflikte
- Kämpfe um neue Lebens- und Konsumtionsweisen
- Zeitdruck

#### *Ökonomische Widersprüche*

- Übergangskrise
- fehlende Routinen in der Wirtschaftsdemokratie und partizipatorischen Planung
- Grenzen des Reformismus und Eatismus
- Konflikte zwischen Entwicklung neuer Bedürfnisse und Produktivkräfte und dem Zwang, die Ressourcen- und Energiekonsumtion nicht zu steigern, sondern mittelfristig zu senken

#### *Politische Konsequenzen*

- ungünstige Kräfteverhältnisse, starker Widerstand von Kapital und alten Eliten
- keine konstituierte Mosaik-Linke, dauerhafte Spaltungen
- eingeschränktes Interesse von wesentlichen Machtgruppen in der Sozialdemokratie, den Grünen oder wichtigen Gewerkschaften

Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die Einzelnen befähigen, Protagonisten ihrer eigenen Geschichte zu werden. Denn es ist

»Sache eines jeden von uns, das Divergierende zu einer Einheit zu bringen« (Peter Weiss; 1975/1983, 204).

#### **Literatur**

Barnes, Peter (2008): Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hamburg 2008

Candeias, Mario/Röttger, Bernd (2009): Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise, in: Das Argument 284, S. 894–904

Davis, Mike (2008): Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Katastrophen, in: Telepolis, 11.12.2008, [www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/! .html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/! .html)

Fücks, Ralf/Steenbock, Kristina (2007): Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: Böll.Thema 1, [www.boell.de](http://www.boell.de)

Gramsci, Antonio (1991a): Gefängnishefte. 1. Heft. Hrsg. von Klaus Bochmann, Hamburg 1991

Gramsci, Antonio (1991b): Gefängnishefte. 2. und 3. Heft. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1991

IG Metall Esslingen (2009): Treuhandfonds für die Region, Esslingen

Lötzer, Ulla (2010): Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie, in: LuXemburg 3, S. 86–93

Luxemburg, Rosa (1903/1970): Karl Marx. In: Werke, Bd. 1.2, Berlin

Schumann, Harald/Urban, Hans-Jürgen (2011): Gespräch über Konversion und Mosaiklinke, in: LuXemburg 1, S. 84–89

Schumpeter, Joseph A. (1942/1987): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen

Weiss, Peter, (1975/1983): Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt a.M.

Williamson, Thad (2010): Democratic Social Planning and Worker Control, in: LuXemburg (<http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=1048>)

## Szenarien Grüner Transformation – Widerstreitende Strategien im Vergleich

<p><b>Autoritärer Neoliberalismus</b> kurzfristiges Krisenmanagement mit dem Ziel der Bewahrung der grundlegenden Strukturen intensivierte Austeritätspolitik autoritäre Politiken und Repression von Protest symbolische soziale und ökologische Modifikationen <i>Fortsetzung der fossilistischen Produktions- und Lebensweise</i> Primat marktformiger Regulation sinkende Wachstums- und Investitionsraten <i>starke Krisentendenzen</i> <b>Aktore:</b> alter Machtblock, getragen durch Finanz- und fossilistische Kapitalfraktionen, bestrebt, unter Bedingungen wachsender Desintegrationen einen passiven Konsens aufrechtzuerhalten</p>	<p><b>Grüner Kapitalismus</b> <i>verbindliche</i> Vereinbarungen marktformige Regulierung und Inwertsetzung (groß-)technologische Lösungen wie CCS, Desertec und Xtreme-Energie begrenzte Finanzmarktregulierung, neue Finanzinstrumente <i>öffentliche</i> Investitions- und Förderprogramme <i>keine</i> Umverteilung nach unten, halber »Bastard«-Keynesianismus Übergang zu ökokapitalistischer Produktions- und Lebensweise <b>Aktore:</b> ökokapitalistischer Eilitenkonsens mit subalternen Integration der Beherrschten (wie Grüne und Gewerkschaften), Spannungen mit dem fossilistischen Kapital</p>	<p><b>Sozial-libertärer Green New Deal</b> verbindliche Mengenbegrenzungen + CO<sub>2</sub>-Zertifikate staatliche Regulierung Dezentralisierung und Rekomunalisierung öffentliche Investitions- und Förderprogramme Finanztransaktionssteuer und Begrenzung des freien Kapitalverkehrs Stärkung von Binnenökonomie, insbesondere der Dienstleistungen <i>Ausbau</i> des Öffentlichen (Dienstleistungen) Arbeitszeitverkürzung Umverteilung, Industriepolitik Übergang zu <i>ökosozialer Wachstumsökonomie</i> <i>keine</i> Infragestellung von Konsumismus und Erwerbsarbeitszentrierung <i>gegenwärtig ökologisch und politisch blockiert</i> <b>Aktore:</b> sozial-libertärer keynesianischer Reformismus, grünes und binnenwirtschaftlich orientiertes Kapital, starke Spannungen im Machtblock</p>	<p><b>Sozial-ökologische Transformation/Grüner Sozialismus</b> Wirtschaftsdemokratie Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengengrenzen Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung Primat des Öffentlichen und Sicherung von individueller Sicherheit und Freiheit Sozialisierung der Investitionsfunktion globale Umverteilung, Industriepolitiken und »gerechte Übergänge« 4in1-Perspektive <i>Übergang zu einer grün-sozialistischen Reproduktionsökonomie</i> <i>gegenwärtig nur eine Strategie der politischen Intervention</i> <b>Aktore:</b> »Mosaik-Linke« (Einheit in der Differenz) bei starkem Widerstand von Kapital und alten Eliten</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

## **IMPRESSUM**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Sabine Nuss  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Nachdruck durch:  
Das New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
275 Madison Ave, Suite 2114  
New York, NY 10016  
[www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

**“Es zeichnet sich ein Interregnum ab, eine Übergangsperiode, in der die Krise sich über längere Zeit, vielleicht ein Jahrzehnt hinziehen kann, bis sich aus der Konkurrenz von durchaus starken Beharrungs- und Erneuerungskräften, der unterschiedlichen Bearbeitungs- und Lösungsversuche eine hegemoniale Richtung herauskristallisiert.”**

MARIO CANDEIAS

